

Mündliche Anfrage

der Abgeordneten Müller (DIE LINKE)

Kurzarbeit bei K+S

Das Unternehmen K+S hatte ab dem 1. April 2016 die Kaliproduktion an den Standorten Hattorf und Unterbreizbach vorübergehend eingestellt und Mitarbeiter/-innen an mehreren Standorten u.a. in Thüringen in Kurzarbeit geschickt. In einer Pressemitteilung des Unternehmens vom 29. März 2016 heißt es dazu: "Aufgrund der geringen Niederschläge in den vergangenen Wochen und der damit verbundenen Limitierung der Einleitung in die Werra muss die Kaliproduktion an den Standorten Hattorf und Unterbreizbach ab dem 1. April 2016 vorübergehend eingestellt werden. Bis zur abschließenden Entscheidung über die von K+S beantragte Fortsetzung der Versenkung bis Ende 2021 steht dem Unternehmen dieser dringend benötigte Entsorgungsweg nach der im Dezember 2015 vom Regierungspräsidium Kassel erteilten Übergangsregelung nur sehr begrenzt zur Verfügung. Die Entsorgung salzhaltiger Abwässer muss seither eng an der Wasserführung der Werra und dem Fassungsvermögen der vorhandenen Stapelbecken ausgerichtet werden." Die Kurzarbeit für den Standort Unterbreizbach wurde am 5. April 2016 wieder aufgehoben. K+S hat einen Antrag zur Fortsetzung der Versenkung von Kali-Abwässern bis Ende 2021 eingereicht.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Auffassung vertritt die Landesregierung zu der Begründung von K+S für die zeitweise Einstellung der Kaliproduktion an den Standorten Hattorf und Unterbreizbach und der daraus resultierenden Kurzarbeit einschließlich der diesbezüglichen Stellungnahme der Gemeinde Gerstungen vom 1. April 2016?
2. In welchem Umfang waren nach Kenntnis der Landesregierung Beschäftigte von K+S sowie im Unternehmen beschäftigte Leiharbeiter von den genannten Maßnahmen betroffen?
3. In welcher Form war nach Kenntnis der Landesregierung der Betriebsrat von K+S Unterbreizbach vor der Anordnung der Kurzarbeit beteiligt?
4. Welche Auffassung vertritt die Landesregierung zur in den Medien verbreiteten Ansicht, dass das Unternehmen K+S mit seinem Vorgehen eine Erlaubnis zur Fortsetzung der Versenkung von Kali-Abwässern erreichen will?

Müller